

Kölner Wahlprüfsteine zum Thema Flucht und Migration 2025

Alle Antworten der 10 Kölner OB-Kandidat:innen/Parteien in der [PDF](#).

Frage 4: Bleibeperspektiven schaffen

Seit vielen Jahren erschweren Verschärfungen im Aufenthaltsrecht Menschen mit Duldung systematisch die Chance auf einen gesicherten Aufenthalt. Obwohl Deutschland jährlich 400.000 einwandernde Menschen braucht, wird viel Geld ausgegeben, um – häufig sehr gut integrierte – Geduldete abzuschieben.

- Bekennen Sie sich zum etablierten Kölner Bleiberechtsprogramm und werden Sie sich auch zukünftig für eine hinreichende Finanzausstattung einsetzen?
- Wie werden Sie aufenthaltsrechtliche Spielräume nutzen, um den Betroffenen über das bestehende Bleiberechtsprogramm hinaus eine Bleibeperspektive zu geben?
- Was werden Sie tun, damit Menschen aktiv unterstützt werden, um z.B. im Rahmen des Chancenaufenthaltsrechts und des Spurwechsels ihren Aufenthalt zu verstetigen?

	Berivan Aymaz – Die GRÜNEN a) <i>Wir GRÜNE und unsere Oberbürgermeisterkandidatin Berivan Aymaz bekennen uns ausdrücklich zum Bleiberechtsprogramm und werden uns auch weiterhin für das Fortbestehen dieses wichtigen Programms einsetzen!</i> b) <i>Wir GRÜNE und unsere Oberbürgermeisterkandidatin Berivan Aymaz setzen uns dafür ein, dass die Verwaltung alle aufenthaltsrechtlichen Spielräume konsequent und wohlwollend nutzt, um Betroffenen über bestehende Bleiberechtsprogramme hinaus eine Perspektive zu bieten. Dazu gehört die Anwendung von Ermessensduldungen, die Nutzung von Chancenregelungen wie Ausbildungs- oder Beschäftigungsduldungen sowie die Unterstützung bei Anträgen an die Härtefallkommission (ABK). Darüber hinaus setzen wir uns für die Stärkung der Beratungsstellen ein, damit Betroffene ihre Möglichkeiten kennen und ihre Unterlagen schnell einreichen können. Gleichzeitig engagieren wir uns auf Landes- und Bundesebene für erweiterte Bleiberechtsregelungen, den Abbau unnötiger Hürden und ein Ende von Kettenduldungen.</i> c) <i>Unser Ziel ist es, dass möglichst viele Menschen die Möglichkeiten des Chancenaufenthaltsrechts und des Spurwechsels nutzen können, um ihren Aufenthalt zu sichern.</i> <i>Dafür setzen wir uns ein: Die Stadtverwaltung soll Betroffene aktiv informieren, Verfahren transparent gestalten und Fristen klar kommunizieren. Wir fördern und unterstützen Beratungsstellen, die bei Anträgen helfen, Unterlagen zusammenstellen und in arbeits- oder ausbildungsrechtlichen Fragen begleiten. Ebenso wichtig ist uns die enge Zusammenarbeit mit dem Jobcenter, Bildungsträgern und Betrieben, um Sprachkurse, Qualifizierungen und Beschäftigungen passgenau zu vermitteln. Auf Landes- und Bundesebene setzen wir uns zudem für praxistaugliche Regelungen, weniger Bürokratie und mehr Rechtssicherheit ein, damit Integration belohnt wird und aus einer Duldung ein sicherer Aufenthalt werden kann.</i>
	Markus Greitemann – CDU: a) Ja, die CDU Köln bekennt sich klar zum erfolgreichen Bleiberechtsprogramm der Stadt Köln. Dieses seit etwa 2018 bestehende Verfahren hilft langjährig Geduldeten, durch Beratung in Hinblick auf Passbeschaffung, Sprachförderung und Arbeitsintegration eine Aufenthaltsperspektive zu gewinnen und schützt sie währenddessen vor Abschiebung. Wer sich zu unserer Ordnung bekennt, wer unsere Sprache lernt, wer arbeitet und sich einbringt, der gehört zu uns. Dem müssen wir nicht neue Hürden in den Weg stellen, sondern Brücken bauen. Aus dieser Überzeugung heraus setzt sich die CDU Köln auch weiterhin im Stadtrat dafür ein, dass das Bleiberechtsprogramm finanziell gesichert bleibt. Denn gelingende Integration erfordert Investitionen. Doch der gesellschaftliche und wirtschaftliche Preis mangelnder Integration ist ungleich höher.



	b) Personen, die seit vielen Jahren in Köln leben, Gesetze einhalten, arbeiten, eine Ausbildung absolvieren und ihre Kinder zur Schule schicken, dürfen nicht pauschal von Abschiebung bedroht sein. In solchen Fällen braucht es eine differenzierte Prüfung, die integrationspolitische und humanitäre Gesichtspunkte berücksichtigt. Das Aufenthaltsrecht bietet mit den §§ 25a, 25b und 23 AufenthG Spielräume, die bei nachgewiesener Integration, etwa durch Sprachkenntnisse, Erwerbstätigkeit oder soziale Einbindung, genutzt werden sollen. Dafür benötigen die Ausländerbehörden klare Handlungsrichtlinien, um rechtssichere Entscheidungen zu treffen und integrationspolitische Ziele wirksam umzusetzen. c) Köln soll ein Ort sein, wo derjenige, der hier Verantwortung für sich, für seine Familie und für unsere Stadt übernimmt, auch eine faire Chance auf Bleiberecht erhält. Deshalb fordern wir: - Mehr Mittel für Beratung und Information, vor Ort, in einfacher Sprache, mit festen Ansprechpartnern. - Schulung und Sensibilisierung der städtischen Stellen für das Chancenaufenthaltsrecht. - Enge Zusammenarbeit mit Kirchen, Vereinen und Unternehmen, um den Betroffenen konkrete Wege in Ausbildung und Arbeit zu ebnen.
	Heiner Kockerbeck – Die Linke: a. Wir sind für das Bleiberechtsprogramm und würden das gerne wieder um drei Jahre verlängern. Es führt sogar zu Mehreinnahme bei der Stadt. b. Die Ausbildung und Qualifikation verbessern. c. Die Stadt Köln muss die Beratung verbessern und ausbauen. Köln muss ein Interesse daran haben, dass Menschen das Chancenaufenthaltsrecht nutzen, um die deutsche Staatsbürgerschaft zu bekommen.
	Volker Görzel – FDP: a) Wer in Köln integriert ist, soll die Möglichkeit erhalten, hier bleiben zu dürfen und nicht weiterhin lediglich geduldet zu sein. Menschen, die sich bereits über längere Zeit bei uns aufhalten und hier Fuß gefasst haben, verdienen Rechtssicherheit. Sie weiter lediglich zu dulden oder abzuschieben, ist menschlich und volkswirtschaftlich falsch. In diesem Zusammenhang unterstützen wir auch das Bleiberechtsprojekt. b) In der aktuellen Situation hat es für die FDP Vorrang bestehende Programme zu unterstützen. c) Die beste Unterstützung besteht darin, die administrative Bearbeitung von Anträgen und Umsetzung der Gesetze zu beschleunigen. Auch hier gibt es im Hinblick auf eine digitale Unterstützung noch Potential.d)
	Inga Feuser – Gut & Klimafreunde: a) Bekenntnis zum Kölner Bleiberechtsprogramm GUT & KLIMA FREUNDE stehen hinter dem Bleiberechtsprogramm und fordern dessen dauerhafte, solide Finanzierung. b) Nutzung von Spielräumen Wir sprechen uns dafür aus, alle kommunalen Handlungsspielräume konsequent zu nutzen, um geduldeten Menschen Perspektiven zu bieten. c) Unterstützung im Chancenaufenthaltsrecht Wir fordern die aktive Unterstützung von Menschen, um Chancenaufenthalt, Spurwechsel und dauerhaften Aufenthalt zu sichern – durch Beratung, rechtliche Unterstützung und Verwaltungsschulungen.

	Torsten Burmester – SPD: Das Kölner Bleiberechtsprogramm ist ein bundesweit anerkanntes Erfolgsmodell. Wir bekennen uns klar dazu und sichern seine Finanzierung langfristig. Darüber hinaus wollen wir alle aufenthaltsrechtlichen Spielräume nutzen, um Menschen Perspektiven zu geben, die hier leben, arbeiten und integriert sind. Programme wie das Chancenaufenthaltsrecht oder der Spurwechsel müssen in Köln aktiv begleitet werden. Wir wollen Beratungs- und Unterstützungsangebote ausbauen, damit Anträge rechtssicher und zügig gestellt werden können und Betroffene nicht an bürokratischen Hürden scheitern.
	Lars Wolfram – Volt: a) Volt erkennt das Bleiberechtsprogramm als ein wichtiges Instrument, um hier lebenden Menschen den Weg aus dem prekären Status der Duldung hin zu einem gesicherten Aufenthaltstitel zu ermöglichen. b) Volt setzt sich dafür ein, dass kommunale Spielräume genutzt werden, um Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus Bleibeperspektiven zu eröffnen, z.B. in der Ausländerbehörde, Förderung von Integration durch Bildung, Arbeit und Teilhabe. Abschiebungen aus Schulen oder Betrieben lehnen wir ab. c) Wir werden uns auf kommunaler Ebene dafür einsetzen, dass Menschen, die eine Bleibeperspektive haben, gezielt unterstützt werden, um ihren Aufenthalt zu verstetigen. Dazu gehören u.a. Erhalt und Ausbau von Beratungsangeboten, Digitalisierung der Arbeitsprozesse in der Ausländerbehörde und Förderung von Sprachkursen und Qualifizierungsmaßnahmen.
	Hans Mörtter – parteilos: a) Das Kölner Bleiberechtsprogramm ist bundesweit ein Leuchtturm. Ich bekenne mich klar dazu und sichere die nötige Finanzausstattung. b) Ich werde alle kommunalen Spielräume nutzen, um über das Programm hinaus Bleibeperspektiven zu schaffen. Köln soll Vorreiter bleiben. c) Chancen-Aufenthaltsrecht und Spurwechsel müssen mit Beratung, Sprachkursen und Jobchancen aktiv unterstützt werden. Wir helfen Menschen, ihren Aufenthalt zu verstetigen – nicht, ihnen Steine in den Weg zu legen.
	Roberto Campione – Kölner StadtGesellschaft: a. Die Wählergruppe bekennt sich klar zum etablierten Kölner Bleiberechtsprogramm und spricht sich für dessen Fortführung und Finanzierung aus. Beratungsangebote und individuelle Unterstützung bleiben zentrale Bestandteile b. Es wird betont, dass alle rechtlich möglichen Wege für Bleiberechte und Integration ausgeschöpft werden. c. Die Kölner StadtGesellschaft unterstützt Beratungs- und Begleitstrukturen, um den sicheren Aufenthalt über neue gesetzliche Möglichkeiten zu verstetigen.
	Heike Herden – Partei des Fortschritts: 4 a) Das Kölner Bleiberechtsprogramms gibt vielen Menschen Halt. Es sollte verlässlich finanziert und als Stärke der Stadt gesichert bleiben. Ich stehe dafür, dass diese gute Praxis bewahrt und weiterentwickelt wird. 4 b) Wo Menschen hier gelernt, gearbeitet und Wurzeln geschlagen haben, sollten Chancen nicht an Formalien scheitern. Ermessensspielräume und Härtefallregelungen gehören verantwortungsvoll genutzt. Das zeigt Haltung und schafft Vertrauen. 4 c) Beim Chancenaufenthalt hilft Klarheit. Fristen im Blick, Bescheinigungen rechtzeitig, Beratung aus einer Hand. So fühlen sich Verfahren fair und handhabbar an.



Alle Antworten der 10 Kölner OB-Kandidat:innen/Parteien in einer [PDF](#) (38 Seiten)

Die Antworten zu den einzelnen Fragen gibt es unter den folgenden Links

[Frage 1](#): Migration als Teil von Köln gestalten

[Frage 2](#): Aufnahmepolitik weiterentwickeln

[Frage 3](#): Ausländerbehörde (ABH): Funktionieren und Funktion als Willkommensbehörde

[Frage 4](#): Bleibeperspektiven schaffen

[Frage 5](#): Ausbildung und Arbeit ermöglichen

[Frage 6](#): Spracherwerb fördern

[Frage 7](#): Kita-Plätze schaffen

[Frage 8](#): Menschenwürdige Versorgung unterstützen (Bsp. Gesundheit, Bezahlkarte, Wohnen)

[Frage 9](#): Abschiebungen: Ermessensspielräume und Schutznormen beachten

[Frage 10](#): Kirchenasyl schützen

[Frage 11](#): Kommunale Spielräume behalten

[Frage 12](#): Freiwilliges Engagement fördern

